

Antrag

Initiator*innen: Landesparteitag

Titel: Klimaschutz für Alle

Antragstext

1 Wer mit offenen Augen durch Sachsen geht oder Nachrichten aus der ganzen Welt
2 verfolgen, sieht die Folgen des Klimawandels in den letzten Jahren immer
3 deutlicher: Waldbrände, Unwetter, Hitzewellen, Hochwasser, aber auch
4 periodischer Wassermangel sowie Baumsterben sind seine bereits heute sicht- und
5 erlebbaren Folgen. Der schlechte Zustand der Meere und das Artensterben von
6 Pflanzen und Tieren sind real. Viele spüren mittlerweile: die Belastungsgrenzen
7 der Erde sind fast erreicht. Die absolute Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger
8 ist daher offen für mehr Klimaschutz.

9 Gleichwohl erwarten die Menschen laut Studien, dass die Politik die
10 Voraussetzungen dafür schafft, dass sie wirksam am Klimaschutz mitwirken können.
11 **Die Leute wollen** aber nicht, dass ihnen als Einzelnen die Verantwortung für mehr
12 Klimaschutz allein überlassen wird. Sie fordern von der Politik einen
13 umfassenden Plan, der dann auch zügig umgesetzt wird. Gleichzeitig blicken sie
14 durchaus kritisch auf den Weg, wie Klimaschutz umgesetzt werden soll: Es dürfen
15 möglichst keine bestehenden Arbeitsplätze verloren gehen. Es soll möglichst zu
16 keinen finanziellen Mehrbelastungen für die Bürger kommen.

17 Viele Ältere erinnern sich aber auch noch an die massiven Umweltprobleme der DDR
18 – das Engagement für Umweltschutz war ein wichtiger Teil der friedlichen
19 Revolution von 1989. Die meisten können sich entsinnen, wie nach der Deutschen
20 Einheit das Gras wieder grün und die Flüsse sauberer wurden. Die Lösung lokaler
21 Umweltprobleme gelang damals vielfach beeindruckend schnell.

22 Gerade viele ältere Ostdeutsche erinnern sich, dass die östlichen Bundesländer
23 seit der Wiedervereinigung mehr CO₂ eingespart haben als Westdeutschland. Der
24 Grund: die Wirtschaft und die Industrie waren zusammengebrochen. Der Fortschritt
25 beim heimischen Umweltschutz wurde eben auch mit „blühenden Landschaften“ ohne
26 Industrie und ohne Arbeitsplätze erkaufte. Zugleich sehen viele Arbeiterinnen und
27 Arbeiter manche Erfolge der letzten Jahrzehnte gefährdet, in denen erfolgreich

28 eine neue Industrie wiederaufgebaut und teils gut bezahlte Arbeitsplätze
29 geschaffen wurden (z.B. die sächsische Automobilindustrie).
30 Klimaschutz ist eine Jahrhundertaufgabe der gesamten Gesellschaft. Kein
31 Bewegung, kein Verband und keine Partei kann sie allein bewältigen. Dennoch
32 tragen unterschiedliche Akteure Verschiedenes bei. Die SPD hat dabei vier
33 zentrale Rollen:

34 **1. Der Klimaschutz muss umfassend und dauerhaft sein:**

35 Die SPD hat eine große Tradition als Umweltschutz- und Klimapartei. Der
36 Gründungsauftrag der SPD 1989 fordert „eine ökologisch orientierte soziale
37 Demokratie“, um „den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von
38 Ressourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu gewährleisten.“
39 Die SPD-Politiker Erhard Eppler und Hermann Scheer waren Wegbereiter der
40 Umweltbewegung und der Energiewende.

41 Atomausstieg, Erneuerbare-Energie-Gesetz, Pariser Klimaabkommen, Kohleausstieg
42 und Bundes-Klimaschutzgesetz: Die jüngere Geschichte der Klima- und
43 Umweltpolitik in Deutschland zeigt, dass dauerhaft wirksame, umwälzende Reformen
44 stets unter der Ägide von SPD-Kanzlern oder SPD-Umweltministerinnen
45 vorangebracht wurden. Deutschland ist als erstes hochindustrialisiertes Land auf
46 dem Weg in das Zeitalter der vollständigen Versorgung aus erneuerbaren
47 Energiequellen. Alle Weichen dafür hat die SPD in Regierungsverantwortung
48 gestellt.

49
50
51 Dennoch war das Thema Klimaschutz lange nicht weit oben auf der politischen
52 Agenda. Für uns ist Klimaschutz kein Thema aus der politischen Nische mehr,
53 sondern eine zentrale Zukunftsmission. Anders als die Union begnügen wir uns
54 nicht mit leeren Worthülsen, sondern haben einen konkreten Plan vorgelegt, wie
55 Deutschland bis 2045 klimaneutral wird.

56
57 Wir sind in der Großen Koalition schon wichtige Schritte für mehr Klimaschutz
58 gegangen. Mit dem Klimaschutzgesetz gibt es erstmals einen rechtlichen
59 verbindlichen Rahmen und sektorspezifische Klimaziele. Mit dem Klimapaket haben
60 wir bereits ein erstes großes Investitionspaket zur Förderung klimafreundlicher
61 Technologien geschnürt. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zeigt uns aber
62 auch deutlich: was wir bisher gemeinsam mit der Union erreicht haben, genügt
63 nicht. Es genügt weder, um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, noch um Freiheit und
64 Lebensgrundlagen junger Menschen und nachfolgender Generationen zu schützen. Die
65 SPD wollte deshalb von vornherein ein Zwischenziel für 2040. Wir haben und nun
66 in der Bundesregierung durchgesetzt und eine schnelle Reform des
67 Klimaschutzgesetzes mit einem neuen Zwischenziel für 2040 und strengeren Zielen
68 für 2030 auf den Weg gebracht.
69

70 In der neuen Bundesregierung wollen wir mit Olaf Scholz als Kanzler für
71 Verlässlichkeit beim Klimaschutz sorgen. Dass es nun verlässliche Ziele für den
72 Klimaschutz gibt, ist gut. Für die Leute ist aber nicht das Ziel entscheidend,
73 sondern was für sie ganz konkret bedeutet. Eine vordringliche Aufgabe für die
74 SPD in der nächsten Bundesregierung wird es deshalb sein, ein Klimapaket zu
75 schnüren, das ausreicht, um die ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Denn nur
76 so schaffen wir Verlässlichkeit und Planungssicherheit. Unternehmen können
77 darauf ihre Investitionen in die Arbeit von Morgen ausrichten und auch der und
78 die Einzelne wissen, ob es sich noch lohnt einen Verbrenner zu kaufen und wann
79 es an der Zeit ist, die alte Ölheizung zu ersetzen. Nur mit einer umfassenden,
80 nachhaltigen und verlässlichen Politik wird es uns gelingen, gesellschaftliche
81 Akzeptanz fester verankern und weitreichende Maßnahmen im Klima- und
82 Umweltschutz möglichst unumkehrbar machen.

83 **2. Es ist die SPD, die den Menschen Sicherheit im ökologischen Strukturwandel** 84 **geben kann.**

85 Mehr Klimaschutz ist nun rechtlich verbindlich. Es stellt aber nun auch riesige
86 Anforderungen an alle: Den Staat, die Wirtschaft, die Bürgerinnen und Bürger.
87 Wir haben den Anspruch, dass der damit einhergehende Wandel für alle gut
88 funktioniert: für den Handwerker aus Ostsachsen, der mangels guter
89 Nahverkehrsangebote mit dem Auto zur Arbeit pendelt. Für eine Arbeiterin in der
90 Automobilindustrie oder für eine Familie, die monatlich ihre Miete überweist. Es
91 geht also nicht mehr um die Frage des „ob“, sondern nur noch um die Frage „Wie“.
92 Wenn manche entweder alles nur dem Markt überlassen wollen oder sich immer mehr
93 wünschen, aber nicht erklären, wie man das realistisch umsetzen will, werden die
94 Leute einer ambitionierten Klimapolitik immer weniger folgen. Wer Klimaschutz
95 primär zur individuellen Angelegenheit erklärt und auf die Bürgerinnen und
96 Bürger abwälzt, überfordert viele und treibt die Spaltung der Gesellschaft
97 voran: Wer sich Klimaschutz leisten kann, der ist moralischer Vorreiter – wem
98 die Mittel fehlen, der bleibt „Klimasünder“ und muss auch noch bezahlen.
99 Denn wenn wir massive Schritte zu mehr Klimaschutz gehen, dann muss dieser Umbau
100 auch klappen. Wenn wir nicht jetzt zusätzliche massive Kapazitäten für Strom aus
101 regenerativen Energien ausbauen und den Menschen einfachere und kostengünstigere
102 klimaneutrale Alternative zur Verfügung stellen, dann wird alles nur teurer,
103 aber nicht besser. Wir brauchen eine Politik, die Arbeit für die Zukunft
104 schafft. Uns ist klar: wenn der Klimaschutz auf Kosten von Hunderttausenden von
105 Arbeitsplätzen geschieht, ohne den Leuten eine Perspektive anzubieten, dann
106 werden viele Menschen Parteien wählen, die nur Arbeitsplätze erhalten wollen,
107 aber den Klimaschutz vernachlässigen. Daher müssen wir auch über das „Recht auf
108 Arbeit“ in Deutschland diskutieren. Wir müssen dafür sorgen, dass die
109 ökologische Modernisierung den Standort Deutschland stärkt, neue und gut
110 bezahlte Arbeit schafft und auch in der Zukunft für ein gutes Leben sorgt.
111 Mit bis zu 40 Milliarden Euro unterstützt der Bund die Lausitz, das

112 Mitteldeutsche und das Rheinische Revier auf ihrem Weg in die neue Zeit. Es gibt
113 ein Anpassungsgeld für die Beschäftigten. Darüber hinaus unterstützen wir die
114 Automobilindustrie und ihre Zulieferer bei der Umstellung auf klimafreundliche
115 Antriebe und fördern Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.
116 Schließlich wird von vielen unterschätzt, wie wichtig die grundsätzliche Reform
117 des Sozialstaates für den ökologischen Strukturwandel der Gesellschaft ist. Wir
118 brauchen einen „neuen Sozialstaat“, der die Menschen in Zeiten von
119 Digitalisierung und Klimaschutz vor einem sozialen Absturz schützt und
120 Lebensleistungen anerkennt. Dafür braucht es ein neues Band der Solidarität,
121 welches das ganze Leben in diesen radikalen Wandlungsprozessen umspannt.

122 **3. Die SPD steht für massive Investitionen in Innovationen der Zukunft**

123 Der Umbau unserer Wirtschaft, Infrastruktur und Industrie bietet riesige
124 Chancen. Nicht nur für das Klima, die Natur oder die Gesundheit von Menschen,
125 sondern auch für tarifgebundene, gut bezahlte Arbeitsplätze – Hunderttausende
126 neue Jobs können geschaffen werden. Wir brauchen ein neues Zusammenspiel von
127 wirtschaftlichem und staatlichem Handeln. Wenn wir die ökologische und digitale
128 Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft zum Gewinn aller gerecht
129 gestalten wollen, brauchen wir einen zukunftsorientierten Staat. Als
130 öffentlichen Auftraggeber, der Innovationen marktfähig macht. Als strategischen
131 Investor, der Potenziale entfesselt.
132 Als SPD auf Bundesebene haben wir die Konjunkturprogramme gegen die Corona-Krise
133 auf die Ziele des europäischen „Green Deals“ und der Nachhaltigkeit
134 ausgerichtet. Damit bereiten wir den Weg für den Ausstieg aus dem fossilen
135 Zeitalter und den Einstieg in eine klimafreundliche Zukunft: mit
136 milliardenschweren Investitionen in Busse und Bahnen, in Elektromobilität, in
137 klimaneutrale Gebäude und Städte, mit der Förderung von Solar- und Windanlagen,
138 modernen Heizungen und grünem Wasserstoff. Wir haben mit dem Klimaschutzprogramm
139 2030 das größte Investitionsprogramm für die ökologische Modernisierung unseres
140 Landes geschnürt, das es je gab. Über 54 Milliarden Euro haben wir zur Verfügung
141 gestellt.
142 Wir brauchen auch in Sachsen eine Investitions- und Innovations-Offensive, um
143 den Klimaschutz im Freistaat voranzubringen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.
144 Wir haben in Sachsen sehr gute Ingenieur*innen, Projektierer*innen und
145 Anlagenbauer*innen, die dies am Ende umsetzen müssen. Damit diese Offensive
146 gelingt, brauchen sie die notwendigen regulatorischen Rahmenbedingungen, sei es
147 bei der Windenergie oder dem Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft.
148 Und dies ist dringend nötig: Denn wir stehen bei den Klimaschutztechnologien in
149 einem harten nationalen und internationalen Wettbewerb. Wir dürfen hier nicht
150 den Anschluss verlieren. Investitionen in Klimaschutz bedeuten eben auch
151 Investitionen in die Arbeit der Zukunft. Diese Investitionen sind Voraussetzung
152 für den Erhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaftskraft, insbesondere
153 für die exportorientierte sächsische Industrie.

154 Mangelnde Investitionen oder gar Kürzungen untergraben hingegen die
155 Unterstützung der Bevölkerung für den Klimaschutz: Denn die Leute lehnen es zu
156 Recht ab, dass ihnen allein als Person die Verantwortung für den Klimaschutz
157 zugeschoben wird. Nicht jeder und jede kann sich ein teures Elektroauto leisten,
158 sondern benötigt Alternativen, um kostengünstig und klimafreundlich etwa auf den
159 öffentlichen Nahverkehr umzusteigen. Wir müssen deshalb massiv in den Ausbau des
160 ÖPNV, erneuerbare Energien und in eine Lade-Infrastruktur investieren. Es sollte
161 nicht darum gehen, Menschen vorzuschreiben, was sie zu tun oder zu lassen haben.
162 Die klimaneutrale Alternative muss die einfachere und ökonomischere sein. Das
163 gilt nicht nur für die Seite der Verbraucher*innen, sondern auch für die
164 Wirtschaft: Solange Unternehmen mit fossilen Energieträgern Milliarden Gewinne
165 machen, fehlen ihnen die marktwirtschaftlichen Anreize, an ihrem Geschäftsmodell
166 grundlegend etwas zu ändern.

167
168 Diese Milliarden Gewinne beruhen häufig auch auf dem immensen Subventionen und
169 Steuererleichterungen für fossile Energieträger. Wir werden deshalb überprüfen,
170 wie wir diese Subventionen abbauen und umgestalten können. Die eingesparten
171 Kosten für Subventionen wie das Dieselprivileg und die Mehrwertsteuerbefreiung
172 für Flugtickets sollen in klimafreundliche Technologien wie Kaufprämien für E-
173 Autos, bessere Zugverbindungen, Nachtzüge zu beliebten Urlaubszielen und ein
174 Abschmelzen der EEG-Umlage eingesetzt werden. Bei der Umgestaltung dieser
175 Subventionen werden wir darauf achten, dass alle genügend Zeit bekommen, sich
176 umzustellen.

177 **4. Wir müssen dafür sorgen, dass der Klimaschutz gerecht abläuft.**

178 Klimaschutz, der unsere Lebensgrundlagen wirksam schützt, wird den Menschen
179 massive Veränderungen abverlangen. Die meisten Menschen sind bereit ihren
180 Beitrag zu leisten, wenn sie sehen, dass es beim Klimaschutz gerecht zugeht und
181 sie im Gegenzug verbindliche Sicherheiten erhalten.
182 Die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen müssen nach dem Verursacherprinzip verteilt
183 und getragen werden. Wir sorgen dafür, dass sie auch einkommensgerecht erfolgen.
184 Ökologisch notwendige Reformen werden Mobilität, Energie, Lebensmittel oder
185 Wohnen teurer machen. Wer aber nur den allgemeinen Verbrauch verteuert, schließt
186 Einkommensschwächere vom Konsum aus, während Wohlhabende die Verteuerung kaum
187 spüren. Dies ist besonders ungerecht, weil Haushalte mit schmalen Geldbeutel
188 einen kleineren ökologischen Fußabdruck haben als viele Besserverdienende
189 Haushalte.
190 Die SPD steht für einen gerechten Übergang in eine klimaneutrale Zukunft in
191 zweifacher Hinsicht. Wir wollen erstens neue Perspektiven für die Beschäftigten
192 der Branchen schaffen, deren Jobs absehbar keine Zukunft mehr haben in einer
193 klimaneutralen Wirtschaft. Sie erwarten keine Almosen, sondern Chancen um ihr
194 Know-How in die Transformation dieser Gesellschaft einzubringen. Die
195 Strukturwandelregionen sollen Zukunftsregionen werden.

196 Daneben achten wir zweites darauf, dass höhere Kosten für ökologische Produkte
197 und Dienstleistungen gerecht verteilt werden. Der soziale Zusammenhalt unserer
198 Gesellschaft darf nicht zum Kollateralschaden einer ökologischen Transformation
199 werden! Stärkere Schultern können höhere Beiträge zur ökologischen
200 Transformation leisten als schwächere. Sie müssen es sogar, wenn die Mission
201 erfolgreich sein soll. Deshalb wollen wir ökologisch begründete Mehrbelastungen
202 möglichst ausgleichen und darüber hinaus die Arbeitsgesellschaft und den
203 Sozialstaat zum Treiber der ökologischen Transformation machen. Der gerechte
204 Übergang kann nur in einer gerechten Gesellschaft stattfinden.
205 Für uns folgt daraus, dass wir nicht nur darauf setzen können, klimaschädliche
206 Produkte zu verteuern. Wir müssen klimafreundliche Alternativen auch finanziell
207 fördern. Beides kann nur gemeinsam funktionieren. Wir werden auch sorgsam
208 prüfen, ob Anreize immer das gerechteste Mittel für mehr Klimaschutz sind oder
209 ob wir mit dem klassischen Ordnungsrecht nicht für mehr Gerechtigkeit im
210 Klimaschutz sorgen können. Denn wer viel Geld hat, den stören auch höhere
211 Spritpreise oder teurere Flugreisen nicht, während die höheren Preise Menschen
212 mit kleinen und mittleren Einkommen hart treffen.

213
214 Diese vier Aufgaben hat die SPD, um dem Klimaschutz auch in Sachsen einen
215 weiteren entscheidenden Impuls zu geben.

216 **MEHR KLIMASCHUTZ IN SACHSEN**

217 Wir bekennen uns zum Ziel des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf 1,5
218 Grad zu begrenzen. Dies sind wir den nachfolgenden Generationen schuldig. Darum
219 haben wir uns zum Ziel gesetzt, in Deutschland bis spätestens 2045 klimaneutral
220 zu sein. Aus diesem Grund werden wir uns auch auf Landesebene dafür einsetzen,
221 dieses Ziel gesetzlich zu verankern und in regelmäßigem Turnus die Maßnahmen zur
222 Zielerreichung zu überprüfen.

223 Weil der Klimawandel eine der wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft
224 unseres Landes ist, sollte er als Staatsziel in die Sächsische Verfassung
225 aufgenommen werden, um ihn ausdrücklich als verfassungsrechtliche Aufgabe von
226 Staat, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts zu verankern.

227 Die Staatsregierung soll dabei mit gutem Beispiel vorangehen, ihre
228 Veranstaltungen nachhaltig planen und umsetzen sowie den Anteil von
229 Elektrofahrzeugen im Landes-Fuhrpark und die Anzahl der Ladesäulen an Landes-
230 Liegenschaften deutlich erhöhen.

231 Allerdings müssen für die Zukunftsinvestitionen auch die nötigen Mittel zur
232 Verfügung stehen. Im Doppelhaushalt 2021/22 haben wir in den Verhandlungen mit
233 CDU und Grünen erreicht: wir können uns im ÖPNV und im Regionalverkehr auf die
234 Stärkung des Netzausbaus im ländlichen Raum konzentrieren. Das Plus- und
235 Taktbus-Netz bauen wir weiter aus. Das Azubi- und Freizeitticket runden wir mit
236 einem Bildungsticket ab. Wir werden die Anschaffung von neuen Bussen und Bahnen
237 fördern und so die sächsische Schienen- und Fahrzeugindustrie stärken. Der
238 ursprünglich vorliegende Vorschlag des CDU-Finanzministers hätte hingegen

239 massive Kürzungen öffentlicher Mittel für Busse, Bahnen und Straßen für diese
240 beiden Jahre bedeutet.
241 Doch darüber hinausgehende Investitionen in Klimaschutz und Zukunftstechnologien
242 drohen ausgebremst zu werden.
243 Hier ist zum einen das Problem der Schuldenbremse: Sachsen hat sich im April
244 2020 entschieden, bis zu sechs Milliarden Euro an Krediten aufzunehmen, um die
245 Bewältigung der Corona-Pandemie zu finanzieren. Diese Entscheidung hat sich als
246 richtig erwiesen. Nach geltender Verfassungslage müssen diese Kredite innerhalb
247 von acht Jahren getilgt werden. Da erst nach zwei Jahren mit der Tilgung
248 begonnen wird, muss Sachsen in den Jahren von 2023 bis 2028 jährlich eine
249 Milliarde Euro in die Tilgung stecken. Eine Milliarde Euro pro Jahr
250 zurückzahlen, das entspricht einem Drittel der freien Mittel des
251 Landeshaushalts. Das bedeutet im Klartext: Wir können nur noch Pflichtaufgaben
252 erfüllen, es stehen aber kaum mehr Investitionen Klimaschutzmaßnahmen zur
253 Verfügung. Wir machen das Land handlungsunfähig, während andere in die Zukunft
254 investieren.
255 Zum anderen fehlen auch im laufenden Haushalt massiv Mittel, um der
256 Zukunftsaufgabe gerecht zu werden. Als SPD plädieren wir weiter für die Bildung
257 eines Sondervermögens FONDS "SACHSEN 2050" neben dem regulären Haushalt. Als
258 Startkapital werden Kreditmittel im Umfang von mindestens 2,5 Milliarden Euro
259 eingelegt, die langfristige Tilgung wird durch die Zuführung von
260 Haushaltsüberschüssen gesichert. Mit diesem „Fonds Sachsen 2050“ wird
261 sichergestellt, dass wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit erhalten
262 werden sowie unser Land nicht abgehängt und in seine Zukunft investiert wird.
263 Damit wollen wir Zukunftsinvestitionen in folgenden Bereichen voranbringen:

- 264 • klimafreundlicher Umbau des Verkehrsnetzes (v.a. Angebotserweiterung und
265 Stärkung im Öffentlichen Personen- und im schienengebundenen Güterverkehr
266 sowie im Radverkehr)

- 267 • ökologischer Umbau von Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft

- 268 • Ausbau alternativer Energieträger wie Wasserstoff und welche einen
269 klimafreundlichen Umbau der Energieversorgung vorantreiben.

- 270 • Ausbau von Kommunikationsnetzen im Zuge der Digitalisierung (Breitband, 5G
271 u.ä.). Digitalisierung ist zwar auch ein Treiber für den Verbrauch von
272 Energie. Doch Digitalisierung kann auch genutzt werden, um Mobilität und
273 Verkehrsflüsse oder auch Saatgut- und Düngemittleinsatz zu optimieren und
274 auf diese Weise ökologisch nachhaltig zu gestalten.

275 **AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN IN SACHSEN ENDLICH VORANBRINGEN NICHT**
276 **VERZÖGERN!**

277 Unser Ziel ist klar: Eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien bis
278 spätestens zum Jahr 2040. Wir wollen eine bezahlbare Versorgung mit erneuerbarer
279 Energie für alle. Die Kosten dafür müssen fair verteilt werden. Verlässliche und
280 stabile Rahmenbedingungen für private Verbraucher*Innen und Unternehmen
281 unterstützen die notwendigen Investitionen.

282 Um die Ausbauziele zu erreichen, muss der Zubau von Wind- und Sonnenenergie
283 deshalb erheblich beschleunigt werden, schon allein aufgrund des steigenden
284 Strombedarfs in der energieintensiven Industrie, im Verkehr, beim Heizen und der
285 übergreifenden Digitalisierung. Diese wahrscheinliche Prognose macht es
286 notwendig, Stromverbrauch und Stromerzeugung zu monitoren und den Zubau von
287 Erneuerbaren zeitnah entsprechend anzupassen.

288 Der verstärkte Ausbau der erneuerbaren Energien muss einhergehen mit einer
289 langfristigen Absicherung einer zuverlässigen Stromversorgung. Hierzu sind
290 national und international grenzüberschreitende Konzepte unter Einbeziehung
291 einer effizienten Speicherstrategie erforderlich. Sachsen sollte sich dabei
292 aktiv in den Roadmap-Prozess für eine klimaneutrale nationale und europäische
293 Strategie zur Gestaltung der Strom- und Gasnetze einbringen.

294 Wir unterstützen daher die Überlegungen der SPD auf Bundesebene, einen
295 Zukunftspakt Erneuerbare Energien zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu
296 schmieden, um das klimapolitisch Notwendige mit dem regional Möglichen
297 abzugleichen. Ein solcher Pakt legt Ausbaupflichten fest, begründet
298 Unterstützungsinstrumente und schafft ein Monitoringsystem, das den Ausbau
299 transparent macht.

300 Zudem wollen wir den Weiterbetrieb von Solar- und Windkraftanlagen nach Auslauf
301 der Förderung erreichen. Das im Juni 2021 beschlossene sächsische Energie- und
302 Klimaprogramm sieht einen zusätzlichen Ausbau von 10 Terrawattstunden (TWh)
303 Jahreserzeugung aus erneuerbaren Energien (EE) bis 2030 vor. Bis 2024 soll ein
304 Zubau-Zwischenziel von 4 TWh erreicht werden. Der Hauptteil der Jahreserzeugung
305 soll durch die Windenergie gewonnen werden. Der Windausbau über Nutzwald darf
306 kein Tabu mehr sein, wenn die Ziele im Windkraftzubau erreicht werden sollen.

307 Derzeit wird der Ausbau der erneuerbaren Energien hauptsächlich über den
308 Landesentwicklungsplan und die Regionalpläne gesteuert. Das Instrument der
309 Regionalplanung zur Steuerung des Ausbaus der erneuerbaren Energien, mit dem
310 Ziel des Klimaschutzes, verfehlt jedoch leider sein Ziel, da die Fortschreibung
311 dieser Pläne teilweise über 10 Jahre in Anspruch nimmt. Folglich würde jede
312 Maßnahme erst deutlich zu spät Berücksichtigung finden. Um einen stetigen Zubau
313 von erneuerbarer Energie sowie eine zeitgemäße Anpassung an aktuelle
314 Entwicklungen im Energiesektor zu gewährleisten, müssen Energiethemen in den
315 regionalen Planungsregionen mindestens in einem regelmäßigen 5 Jahres-Turnus, in
316 Form von sog. Energieteilplänen (inkl. Windenergie, Solarenergie, Bioenergie,
317 Wasserkraft und Geothermie) fortgeschrieben werden. In diesem Turnus ist der
318 zeitliche Aufwand für die Neuaufstellung der Regionalpläne bereits inkludiert,
319 sodass aller 5 Jahre ein neuer gültiger Regionalplan vorliegen sollte.

320 Der Anteil der für die Windenergienutzung ausgewiesenen Landes- und
321

322 Gemeindeflächen sollte gegenüber dem Ist-Zustand (0,2 Prozent der Landesfläche
323 Sachsens) deutlich erhöht werden. Dafür setzen wir uns für eine
324 rechtsverbindlich geregelte Flächenausweisung (ohne restriktive Kriterien wie
325 Höhenbegrenzungen) auf Bundes- und Landesebene ein und prüfen auch eine
326 Abweichung von der Konzentration von Windenergieanlagen in Vorranggebieten oder
327 deren Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung mit raumbedeutsamen Anlagen
328 außerhalb dieser Gebiete. Zusätzlich setzen wir uns für eine Nutzung der
329 Windenergie auf Kalamitätsflächen, Waldflächen mit geringem
330 naturschutzfachlichen Wert (Monokultur-Nutzwälder) und in Wäldern mit
331 überwiegend klimagestressten Baumbeständen (Kiefer, Fichte) ein. Im Gegenzug
332 hierfür soll die Windenergie einen Beitrag in der Wiederaufforstung unserer
333 Wälder leisten. Dies soll sichergestellt werden, in dem die durch Windenergie in
334 Anspruch genommenen Flächen in anderen Bereichen wieder aufgeforstet werden und
335 mit den Einnahmen durch die Windenergie der Umbau unserer klimagestressten
336 Wälder zu biodiversen Mischwäldern gegenfinanziert wird. Zur Beschleunigung von
337 Genehmigungsverfahren sollten die immissionsschutzrechtlichen Verfahren in der
338 Landesdirektion angesiedelt werden. Hierfür muss selbstverständlich die
339 personelle Ausstattung der Landesdirektion ausgebaut werden.

340 Neben der Windenergie wird auch die Rolle der Solarenergie immer weiter an
341 Bedeutung gewinnen. Wo der Ausbau von Photovoltaik im urbanen Raum immer mehr an
342 Fahrt aufnimmt, wird er zurzeit im ländlichen Raum zunehmend ausgebremst.
343 Wir wollen uns für eine Regelung auf Landesebene einsetzen, welche die
344 Koexistenz von nachhaltiger Energieerzeugung durch Photovoltaikanlagen und
345 landwirtschaftliche Bewirtschaftung auf einer Fläche ermöglicht. Im gleichen Zug
346 soll die Umsetzung von Freiflächenphotovoltaik auch auf landwirtschaftlich
347 bewirtschafteten Flächen gefördert werden und planungsrechtliche Hemmnisse ab-
348 statt aufgebaut werden. Zusätzlich setzten wir uns für ein realistisches
349 Flächenziel für Photovoltaik auf Freiflächen (Grün- und Ackerflächen) ein.

350 Von einer Ausweisung von Vorranggebieten für die Nutzung der Solarenergie ist
351 abzusehen, da diese keine Steuerungswirkung entfaltet und die Gemeinden so in
352 ihrer eigenen Planungsfreiheit eingeschränkt würden. Eine mit der Gemeinde
353 realisierte Freiflächenphotovoltaikanlage führt hierbei meist zu einer weitaus
354 höheren Akzeptanz vor Ort, als durch eine Anlage, welche durch die
355 Regionalplanung "aufgezwungen" wird. Zusätzlich soll die Doppelnutzung von
356 Freiflächenphotovoltaik für Landwirte geöffnet werden (Bsp.:
357 Freilandhühnerhaltung und Photovoltaikanlagen; Greening-Fläche und
358 Photovoltaikanlage). Um die Akzeptanz in der Landwirtschaft zu erhöhen, setzen
359 wir uns des Weiteren dafür ein, dass die Flächen der PV-Anlagen nach dem Abbau
360 der Anlagen wieder ihrer ursprünglichen Nutzung zugeführt werden können, ohne
361 dass ein regelmäßiges Umbrechen des Boden stattfindet.

362 Neben der konventionellen Freiflächenphotovoltaik bieten zukünftig große
363 Ausbaupotenziale auch Floating-PV („Schwimmende Photovoltaik“ auf Seen etc.)
364 sowie Agro-PV-Anlagen, die durch Stelzensysteme eine gleichzeitige Energie- und
365 Lebensmittelernte ermöglichen. So ist Agro-PV beispielsweise aktuell die einzige
366

367 Solartechnologie, welche eine Doppelnutzung der landwirtschaftlichen Flächen mit
368 konventionellen Mähdrusch-Kulturen (bspw. Weizen, Roggen) und Solarenergie
369 ermöglicht.

370 Derzeit sind jedoch weder Agro-Photovoltaik-Anlagen noch Floating-PV-Anlagen
371 gegenüber anderen Freiflächen-PV-Anlagen wirtschaftlich konkurrenzfähig. Sachsen
372 muss daher diese neuen Techniken fördern und sich auf Bundesebene für jeweils
373 eigenständige Ausschreibungsrunden einsetzen. Des Weiteren ist eine
374 Privilegierung von Agro-PV durch eine Änderung des § 35 BauGB bzw. der
375 sächsischen Bauordnung zu erarbeiten.

376 Die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Nutzung von Flächen
377 für Windkraft-Vorhaben auf regionalplanerischer und für PV-Vorhaben auf Ebene
378 der kommunalen Bauleitplanung ist wesentliche Voraussetzung für eine sächsische
379 Energiewende und somit eng mit der Chance auf regionale Wertschöpfung verbunden.
380 Voraussetzung ist ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Akzeptanz und regional-
381 und kommunalpolitischem Willen in den Regionen, die Beteiligung und Teilhabe
382 erfordern.

383 Wo Anlagen für erneuerbare Energien entstehen, müssen die Leute vor Ort also
384 profitieren! Finanziell verbindliche Beteiligungsoptionen wie es sie in
385 Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg schon gibt, müssen auch in Sachsen
386 umgesetzt werden. Über die faire Beteiligung der Umlandgemeinden hinaus muss es
387 Möglichkeiten geben, dass Anwohner*innen im Umfeld der Anlagen unabhängig vom
388 Stromanbieter durch vergünstigte Anwohner-Stromtarife profitieren. Das ist
389 gerecht und schafft Akzeptanz. Generell ist eine hohe Akzeptanz nur dann zu
erreichen, wenn nicht nur rein finanzielle Teilhabeangebote geschaffen
werden, sondern auch Mitentscheidungen der Bürger*innen möglich sind.

390 **JETZT IN KLIMASCHUTZTECHNOLOGIEN INVESTIEREN UND NACHHALTIGE ARBEITSPLÄTZE** 391 **SCHAFFEN**

392 Wir haben gerade massive Chancen für die sächsische Industrie, einen echten
393 „Vorsprung Ost“ auf wichtigen Zukunftsfeldern zu erreichen, der Sachsen und auch
394 andere Teile Ostdeutschlands von anderen Regionen positiv abhebt. Wir haben im
395 Osten viel Potential und Spitzenleistung. Weil wir hier von der Infrastruktur
396 über Forschung und Entwicklung bis hin zu den Unternehmen und den Anwendungen
397 alles vorhanden haben. Wir haben so das erste Mal, wie alle anderen Bundesländer
398 im Westen auch, die Chance, uns in manchen Wirtschaftsbereichen an die Spitze
399 stellen. Keinen Nachbau West, kein bloßer Ausgleich von Nachteilen.

400 Wir wollen daher das Know-how und die Technologien, die wir hier bereits in
401 Sachsen haben, ausbauen, nutzen und damit Export-Chancen generieren – auch für
402 den Erhalt und für die Schaffung von Arbeitsplätzen.

403 Wenn wir also langfristig zukunftsfähige Arbeitsplätze haben wollen, dann müssen
404 wir immer industrielle Entwicklung und Klimaschutz gemeinsam denken. Denn in
405 dieser Kombination liegt letztlich die Zukunft. Zum einen haben wir in Sachsen
406 in bestimmten Technologien wie der Elektrolyse eine international führende
407 Position und zum anderen werden sich die Industriebetriebe zukünftig ihre

408 Fertigungsstandorte dort aufbauen, wo sie die Möglichkeit haben, emissionsarm zu
409 produzieren. Damit auch Sachsen diese Voraussetzungen in Zukunft erfüllt, müssen
410 wir unsere Erzeugung erneuerbare Energien massiv ausbauen.

411 Um auch zukünftig ein Energieland zu bleiben und Zukunftstechnologien wie grünen
412 Wasserstoff zu fördern, müssen wir bis spätestens 2040 unseren Energiebedarf
413 durch erneuerbaren Energieträger decken. Nur so haben wir die Möglichkeit,
414 Arbeitsplätze und Zukunftstechnologien in Sachsen zu halten und unsere
415 Potenziale weiter auszubauen.

416 Die sächsische Automobilindustrie ist bundesweiter Vorreiter bei der Nutzung
417 alternativer Antriebe. Sachsen ist Hauptland der Elektromobilität. Diese
418 Entscheidung der Autohersteller hat das SPD-geführte Wirtschaftsministerium
419 begleitet und unterstützt. Nun muss massiv die Ladeinfrastruktur durch
420 staatlichen Investitionen ausgebaut werden, um den Marktanteil alternativ
421 angetriebener Fahrzeuge in den nächsten Jahren deutlich zu steigern. Denn erst
422 wenn ein Gebrauchtwagenmarkt für Elektrofahrzeuge entsteht, können breite Teile
423 der Bevölkerung umsteigen - denn die meisten Menschen in Sachsen kaufen keine
424 neue Autos, sondern gebrauchte Autos. Wenn wir den Ausbau der Elektromobilität
425 hingegen nur dem Markt überlassen und den Benzinpreis zu schnell steigern und
426 gleichzeitig nicht den Ausbau der Erneuerbaren Energien schneller vorantreiben,
427 dann wird es für die Leute nur teurer, aber nicht besser.

428 Wir werden weiter die Ansiedlung und die Schaffung neuer und nachhaltiger
429 Arbeitsplätze in den Branchen Elektrolyse und Erneuerbare Energien begleiten und
430 unterstützen. Sachsen hat eine lange Tradition als Energieland, Teile der
431 Solarindustrie kommen derzeit wieder nach Deutschland und auch Sachsen zurück.
432 Und auch etliche Projektierer*innen im Bereich Windenergie haben ihren Sitz in
433 Sachsen. Diese gilt es zu stärken und im Land zu halten, damit uns nicht erneut
434 eine Abwanderung des Know-how ins Ausland, wie im Photovoltaik-Bereich nach
435 China oder anderswo droht.

436 Eine wichtige aktuelle Aufgabe besteht darin, die bereits entwickelten Anlagen
437 und Komponenten wie z.B. die Elektrolyse-Stacks in großen Stückzahlen zu
438 fertigen. Bei diesen Aufgaben werden die Kompetenzen der Mitarbeiterinnen und
439 Mitarbeiter benötigt, die zum Teil heute in der Automobilzulieferindustrie
440 beschäftigt sind und deren Arbeitsplätze auf Grund der Umstellung auf die
441 Elektromobilität nicht erhalten werden können. Der Strukturwandel in der
442 sächsischen Industrie muss durch Umschulungen und Weiterbildungen aktiv
443 mitgestaltet werden, um die Potentiale für die Menschen im Land optimal zu
444 nutzen.

445 Gerade wer im Werk in der Produktion arbeitet, erwartet zu Recht von uns, dass
446 wir ihr oder ihm eine Perspektive in der zukünftigen Arbeitswelt aufzeigen. Wenn
447 wir heute nicht in die Zukunftstechnologien investieren, sind wir später
448 gezwungen, diese zu importieren und müssen dann eine noch höhere
449 Arbeitslosigkeit fürchten. Wir müssen deutlich stärker sichtbar machen, dass es
450 vor allem die gut ausgebildeten Technikerinnen und Facharbeiter in Sachsen sind,
451 die gerade auch in den Firmen des Maschinen- und Anlagenbaus die

453 Entwicklungsergebnisse der angewandten Forschung in marktreife Produkte
454 umsetzen. Nur mit Wissenschaftler*innen allein wird die Umsetzung der
455 Energiewende nicht gelingen.

456 Die hiesige Stahlindustrie bleibt ebenfalls ein wichtiger Pfeiler des
457 Industriestandortes Sachsen. Mit einer Elektrostahlproduktion und damit einer
458 klimafreundlichen Stahlwirtschaft könnte Sachsen relativ schnell zu einem
459 wichtigen Standort für grüne und nachhaltige Stahlproduktion werden. Hierzu ist
460 jedoch der Ausbau der erneuerbaren Energien zur Bereitstellung von grünem Strom
461 voranzubringen. Neben den großen Industriebetrieben müssen wir gerade in den
462 Bereichen der innovativen Technologien und beim Einsatz der erneuerbaren
463 Energien auch die kleinen Betriebe und Ausgründungen begleiten und unterstützen,
464 denn die großen kapitalkräftigen Firmen haben ihre zentrale Entwicklung in der
Regel nicht in Sachsen.

465 **UMSETZUNG DER NATIONALEN WASSERSTOFFSTRATEGIE IN SACHSEN - VORAUSSETZUNGEN JETZT** 466 **SCHAFFEN**

467 Wir brauchen gerade im Bereich der Wasserstoffwirtschaft heute den Mut,
468 konsequent in die neuen grünen Technologien zu investieren, damit spätere
469 Generationen nicht einen deutlich höheren Preis bezahlen müssen, der sich aus
470 unserer Untätigkeit und Unentschlossenheit ergibt.

471 Der Einsatz von CO₂-frei hergestelltem Wasserstoff kann einen wichtigen Beitrag
472 zur Sektorenkopplung und damit zur Reduzierung der CO₂-Emissionen sowie beim
473 Aufbau neuer Wertschöpfungsketten leisten. Dazu brauchen wir eine sächsische
474 Wasserstoff-Strategie, die vor allem auf grünen Wasserstoff setzt. Das
475 reformierte Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das im Bundestag beschlossen wurde,
476 bietet die Chance für einen Schritt nach vorne, obwohl nicht alle Ziele
477 umgesetzt werden konnten. Um grünen Wasserstoff regional erzeugen zu können,
478 brauchen wir in Sachsen einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien.
479 Die EEG-Umlage-Befreiung von Strom zur Herstellung von grünem Wasserstoff ist
480 bereits ein wichtiger erster Baustein, den wir begrüßen. Wir setzen uns
481 weiterhin für eine klare europaweit einheitliche Definition von grünem
482 Wasserstoff ein.

483 Solange grüner Wasserstoff knapp ist, sollte er bevorzugt dort angewendet
484 werden, wo der Effizienzgrad hoch ist und keine oder nur schlechte Alternativen
485 zur Dekarbonisierung bestehen. Das sind zuerst die energieintensiven bzw.
486 Grundstoffindustrien sowie der Nutz- und Schwerlastverkehr und der Bahnsektor.
487 Wir werden die bereits vorhandenen Stärken in Sachsen verbessern und weiter
488 ausbauen, um in diesem Bereich nachhaltige Arbeitsplätze zu sichern und neue zu
489 schaffen. Dazu zählt auch die Investition in Leuchtturmprojekte mit nationaler
490 Sichtbarkeit.

491 Dies kann im Bereich der Mobilität in den Bereichen ÖPNV, Schwerlast- und
492 Flugverkehr geschehen, denn Sachsen verfügt über einmalige Kompetenzen im
493 Bereich des Anlagenbaus sowie in der Forschung und Entwicklung. Damit können
494 auch große Modellprojekte (z.B. zur Herstellung, zum Transport und zur

495 Speicherung von Wasserstoff sowie zur Herstellung synthetischer Kraftstoffe für
496 den Flug- und Schwerlastverkehr) neben den Projekten zum Einsatz von Strom und
497 Wasserstoff im ÖPNV realisiert werden. Da Sachsen vor allem im Bereich des
498 Schwerlastverkehrs ein Transitland mit hohem Verkehrsaufkommen ist, besteht
499 gerade hier ein dringender Handlungsbedarf und die Möglichkeit Wertschöpfung zu
500 schaffen. Mit den Kompetenzen im Bereich der Brennstoffzellen- und der
501 Fahrzeugentwicklung können bei der Entwicklung von LKW und Logistiklösungen
502 wichtige Beiträge geleistet und Arbeitsplätze geschaffen werden.

503 PKW mit Wasserstoffantrieb sollten nicht im Fokus von Forschung und Entwicklung
504 stehen. Grundsätzlich ist im Bereich der Mobilität in allen Fällen, wo es
505 technisch und wirtschaftlich möglich ist, der direkt-elektrische Antrieb
506 aufgrund des höheren Wirkungsgrades zu bevorzugen.

507 Damit die von den Bundesministerien in der Nationalen Wasserstoffstrategie für
508 den Einstieg in die Wasserwirtschaft zur Verfügung gestellten Mittel von sieben
509 Mrd. Euro zu einer nachhaltigen Entwicklung in Sachsen beitragen, gilt es bei
510 allen Investitionen in Infrastrukturprojekte den Fertigstellungs- und den
511 Nutzungszeitraum zu bedenken. Mit einer hohen Priorität sollten jene Vorhaben
512 vorangetrieben werden, die auch in einem zukünftigen CO₂-freien Energiesystem
513 nutzbar sind. Daher ist auch im Bereich der Gasversorgung 100 Prozent
514 Wasserstoff-Readiness herzustellen, um den Einsatz von grünem Wasserstoff
515 vorzubereiten.

516 Die Verfügbarkeit von sauberem Wasser ist eine wesentliche Grundvoraussetzung
517 für die Elektrolyse, die nicht an jedem Standort gewährleistet ist. Auch hierzu
518 gibt es in Sachsen innovative Ansätze zur Bereitstellung der erforderlichen
519 Wassermengen (u.a. auch aus den Tagebauwässern in den Strukturwandelregionen),
520 die wir begrüßen.

521 Nicht zuletzt ist es für die Akzeptanz von Wasserstofftechnologien in Sachsen
522 dringend nötig, die Situation im ÖPNV und im Regionalverkehr deutlich zu
523 verbessern. Auch hier kann neben dem Einsatz von Elektrobussen, der
524 Wasserstoffantrieb von Bussen in Verbindung mit einer regionalen dezentralen
525 Erzeugung des benötigten Wasserstoffs Impulse setzen. Hier sollte der Freistaat
526 unbedingt die vorhandenen Förderprogramme nutzen, damit alle Menschen auch im
527 ländlichen Raum einen besseren Zugang zu einer emissionsarmen Mobilität
528 erhalten. Auch hier sollten die sächsischen Firmen beim Bau und dem Betrieb der
529 Busse eine wichtige Rolle spielen und die Firmen qualifiziert werden, was vor
530 allem auch die Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte einschließt.

531 **KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE IM GEBÄUDESEKTOR JETZT SOZIAL GERECHT VORANBRINGEN!**

532 Neben der Energiewirtschaft und den Sektoren Mobilität und Industrie trägt auch
533 der Gebäudesektor in großem Umfang zu den CO₂-Emissionen in Sachsen bei.

534 Betrachtet man den Energiebedarf für einen privaten Haushalt, so stellt die
535 Wärmebereitstellung den größten Anteil dar. Während es für Hauseigentümer mit
536 Vergleichsweise hohem Einkommen die Möglichkeit gibt, sich eine CO₂-arme
537 Energieversorgung wie z.B. über eine Wärmepumpe oder Photovoltaik zu leisten,

538 ist dies für den Mieter in einem Mietshaus nicht möglich. Daher sollten bei der
539 Reduzierung der CO₂-Emissionen im Gebäudesektor und der Einbindung in das
540 Stromnetz drei große Bereiche bedacht werden, wozu im Folgenden

- 541 • öffentliche Gebäude (wie Schulen und Rathäuser)
- 542 • große Mietshäuser sowie
- 543 • Ein- und Mehrfamilienhäuser

544 gezählt werden.

545 Durch die Abschaffung der EEG-Umlage bis Mitte der 2020er Jahre wird Eigenstrom
546 und Mieterstrom deutlich günstiger.

547 Die Mehrzahl der Menschen wohnt in Mietwohnungen und möchte sich auch an einer
548 klimafreundlichen und damit CO₂-armen Energieversorgung beteiligen. Hierzu sind
549 die Installation von Photovoltaikanlagen auf den Dächern und die Option des
550 Mieterstroms weiter voranzubringen, was durch Förderungen bei den noch oder
551 wieder im kommunalen Besitz befindlichen Wohnungen geschehen soll. Zudem kann
552 der selbst erzeugte Strom den Mietern auch zum Laden ihrer e-Autos oder anderer
553 e-Fahrzeuge (Roller, Pedelecs, etc.) bereitgestellt werden.

554 Bei allen öffentlichen Gebäuden in Sachsen wollen wir neben einer CO₂-armen
555 Wärmebereitstellung auf allen geeigneten Dachflächen die Installation von
556 Photovoltaikanlagen umsetzen. Damit sollen die Kommunen und das Land eine
557 Vorbild- und Vorreiterfunktion im Bereich der erneuerbaren Energien einnehmen.
558 Hierfür sollten Fördermittel des Bundes und landeseigene Mittel eingesetzt
559 werden.

560 Dazu wollen wir, dass bei allen Investitionsentscheidungen von
561 Landesliegenschaften oder Landesanstalten sowie öffentlichen Gebäuden ein CO₂-
562 Schattenpreis (Berechnung nach social cost oder social value Methode) in der
563 Kalkulation berücksichtigt wird.

564 Bei allen Neubauten, vor allem der öffentlichen Hand (Landesliegenschaften,
565 Landesanstalten, Schulen, Verwaltung etc.), sollte zukünftig eine Installation
566 von Photovoltaikanlagen verpflichtend vorgesehen werden. Das Ziel dabei sollte
567 immer eine 100 prozentige Energieversorgung des Eigenbedarfs sein. Für den
568 aktuellen Gebäudebestand ist eine Nachrüstung (im gleichen Maße) zu prüfen und
569 innerhalb der nächsten 15 Jahre zu realisieren.

570 Alle Maßnahmen sind durch entsprechende Landesregelungen voranzubringen.
571 Insgesamt muss es sozialdemokratisches Ziel sein, CO₂-armes und bezahlbares
572 Wohnen für alle Menschen zu ermöglichen, sowohl bei Neubauwohnungen als auch im
573 Altbestand. Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften sind dazu verpflichtet,
574 ihren Beitrag zu leisten, dies ist allein schon aus der im Grundgesetz
575 verankerten Forderung „Eigentum verpflichtet“ direkt abzuleiten. Für eine
576 schnelle Umsetzung sollte für den privaten Immobiliensektor eine

577 Photovoltaikausbau- sowie Energiespeicherförderung aufgesetzt werden.
578 Um das tatsächlichen Potenzial für Photovoltaikdachanlagen zu ermitteln, ist ein
579 Dachkataster zu erarbeiten. Mit Hilfe des Dachkatasters muss anschließend ein
580 Modernisierungsprogramm für Photovoltaikanlagen erarbeitet werden. In der
581 Zwischenzeit muss die sächsische Bauordnung dahingehend geändert werden, dass
582 bei Neubauten (jeglicher Art) die Installation einer Photovoltaikanlage
583 verpflichtend ist. Als Auslegungsgrundlage soll hierbei der jährliche
584 Energieverbrauch des Neubaus bzw. im Fall von energieintensiven Einrichtungen
585 die Dachfläche Anwendung finden.

586 **MEHR KLIMASCHUTZ MIT NEUEM SOZIALSTAAT UND EINER GERECHTEN GESELLSCHAFT**

587 Sozialdemokratischer Klimaschutz verteilt die finanziellen Lasten höherer
588 Umweltstandards und Energiepreise gerecht. Für eine verursachungsgerechte
589 Verteilung der Kosten ist es erforderlich einen CO₂-Preis einzuführen, der sich
590 an den Folgekosten orientiert, die durch den Klimawandel verursacht werden, und
591 auch eine lenkende Wirkung erzielt.

592 Im Gegenzug zur schrittweisen Erhöhung des CO₂-Preises wollen wir erstens bis
593 2025 die EEG-Umlage abschaffen und die Förderung des EE-Ausbaus vollständig über
594 den europäischen und nationalen Emissionshandel finanzieren. Je mehr die EEG-
595 Umlage durch die Verteuerung fossiler Brennstoffe über einen CO₂-Preis ersetzt
596 wird, desto stärker sinkt der Strompreis, während v.a. Heizen und fossiler
597 Verkehr teurer werden. Die Belastung verschiebt sich stärker aus dem
598 Unternehmenssektor zu den Privathaushalten. U.a. werden stromintensive
599 Unternehmen davon profitieren, während Mieter*innen unsanierter Wohnungen oder
600 Fernpendler*innen mehr zahlen müssen.

601 Es wäre ökologisch unsinnig und ungerecht, wenn gerade sie jetzt die
602 Leidtragenden wären. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Entlastungen
603 sektorspezifisch in den Bereichen Wohnen und Verkehr zu schaffen. So
604 unterstützen wir zweitens die Forderung der Bundes-SPD nach einer sozial
605 gerechten Aufteilung der CO₂-Kosten zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen,
606 denn Mieter*innen können und sollen die Erhöhung der Heizkosten nicht allein
607 schultern. Zugleich sollen so die VermieterInnen so motiviert werden,
608 Sonnenpanele aufs Dach zu installieren oder eine moderne Heizung einzubauen.
609 Weil gerade einkommensschwächere Haushalte ihre Wärmeversorgung nicht
610 kurzfristig anders organisieren können, muss drittens auch das Wohngeld erhöht
611 werden. Und schließlich fordern wir viertens eine höhere Pendlerpauschale. Da
612 diese unabhängig vom Verkehrsträger ist, bliebe der Anreiz für ökologische
613 Verkehrsalternativen bestehen, ohne dass Pendler*innen und Menschen in den
614 ländlichen Räumen pauschal durch eine CO₂-Bepreisung benachteiligt würden.
615 Wir präferieren daher in den nächsten Jahren, die Einnahmen der CO₂-Abgabe für
616 den massiven Ausbau von Infrastruktur und klimafreundlichen Alternativen
617 auszugeben, damit der Klimaschutz vorangeht und auch alle umsteigen können. Erst
618 wenn dieser Umbau sichtbar vorangekommen ist, können die Einnahmen aus dem
619 steigenden CO₂-Preis über andere Instrumenten rückverteilt werden. Dann setzen

620 wir uns auf Bundesebene für eine Klimaprämie ein, durch die der Staat die
621 Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung pro Kopf zurückzahlt, für jede und jeden in
622 gleicher Höhe. Für eine solche Großreform müssen zudem auch die
623 Auszahlungsvoraussetzungen geschaffen werden.

624 Grüne und Teile der CDU wollen hingegen von dem gemeinsam vereinbarten Preispfad
625 abweichen und schon ab 2023 einen CO₂-Preis von 60 Euro pro Tonne. Wird der CO₂-
626 Preis aber zu schnell auf ein zu hohes Niveau erhöht, so hat er keine
627 Lenkungswirkung, sondern wirkt als Bestrafung einer Lebensweise - denn
628 Alternativen für den Umstieg stehen den meisten nicht zur Verfügung. Es ist also
629 vor allem eine Frage des Zeitpunkts. Und der klugen Kombination von CO₂-
630 Bepreisungen, Investitionen und Förderungen.

631 Eine elementare Voraussetzung für das Gelingen der Transformation ist die
632 Sicherung der gesellschaftlichen und sozialen Basis für einen dauerhaft
633 ambitionierten Klimaschutz. Dazu brauchen wir eine Neukonzeption des
634 Sozialstaates. Es geht nicht nur um ein Abfedern, sondern um eine neue
635 Sicherheit im Wandel. Mit unserer Idee des "Neuen Sozialstaats" formulieren wir
636 den Anspruch, anders als Hartz IV im stattfindenden Strukturwandel
637 Abstiegsängsten entgegenzuwirken und neue Aufstiege zu ermöglichen. Denn viele
638 Menschen treibt die Sorge vor sozialem Abstieg bei Verlust des Arbeitsplatzes
639 um, wenn wir Klimaschutzmaßnahmen vorantreiben. Sie befürchten dann ganz
640 konkret, bereits nach einem Jahr gleichgestellt zu werden mit Menschen, die
641 lange nicht oder gar nicht gearbeitet haben. Dass Arbeit und längere
642 Beitragszeiten hier oft keinen Unterschied machen, wird als zutiefst ungerecht
643 empfunden, und das ist es auch.

644 Politik und Wirtschaft müssen den Menschen Sicherheit geben, dass sie vor den
645 Veränderungen keine Angst haben müssen – weder im Alltag noch im Job. Wir können
646 dabei keiner Person, die heute Komponenten eines Dieselmotors zusammenbaut,
647 versprechen, dass das die nächsten 40 Jahre so bleibt. Unser Versprechen ist,
648 dass wir alles versuchen, dass er oder sie eine gleichwertige gute Beschäftigung
649 bekommt. Deshalb wollen wir Arbeit für alle ermöglichen und ein Recht auf Arbeit
650 statt eines bedingungslosen Grundeinkommens schaffen. Wer arbeiten will und
651 kann, soll ein Angebot auf Arbeit, Ausbildung oder Qualifikation erhalten. Zu
652 keiner Zeit im Erwerbsleben sollen die Menschen allein gelassen werden. Denn uns
653 wird die Arbeit nicht ausgehen, aber sie wird sich in vielen Bereichen
654 fundamental verändern. Wir müssen die Menschen unterstützen, sich Schritt für
655 Schritt auf die Veränderungen einzulassen und sie zu bewältigen.

656 Wer dennoch seine Arbeit verliert und nach drei Monaten noch keinen neuen Job
657 gefunden hat, erhält einen Anspruch auf eine gezielte Weiterbildungsmaßnahme und
658 soll auf Vorschlag der SPD durch das Arbeitslosengeld für Qualifikation (ALG Q)
659 unterstützt werden.

660 Die Idee eines neuen Sozialstaats beinhaltet zudem, dass alle, die viele Jahre
661 in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, einen längeren Anspruch auf
662 Arbeitslosengeld I haben. Wir wollen Menschen diese Sorgen nehmen und sie dabei
663 unterstützen, sich auf die Arbeitsplatzsuche konzentrieren zu können. Deswegen
664

665 werden wir bei denjenigen, die aus dem Bezug von ALG I kommen, für zwei Jahre
666 Vermögen und die Wohnungsgröße nicht überprüfen. Wir wollen auch den Schutz von
667 selbst genutztem Wohneigentum ausweiten und eine entsprechende Regelung für
668 Mieter schaffen. Niemand, der auf den Bezug des Bürgergelds angewiesen ist, soll
669 in dieser Zeit seine Wohnung verlassen müssen.

670 Insgesamt gilt es dabei, über die Folgen von Klimaschutzmaßnahmen hinaus zu
671 schauen: Wenn die Warm-Miete steigt, Treibstoff und Lebensmittel teurer werden,
672 dann darf nicht nur die gerechte Gestaltung der Klimaschutzmaßnahmen in den
673 Blick genommen werden. Die Stellschrauben liegen daher auch sechstens in einer
674 gesamt ökologisch-sozialen Wende: Für die Beschäftigten müssen wir auf
675 Bundesebene perspektivisch einen Mindestlohn von 12 Euro einführen und
676 Tariflöhne stärken, damit sich auch Menschen mit kleinen Einkommen bessere
677 Lebensmittel leisten können. Wir brauchen Maßnahmen, damit die Mieten nicht
678 weiter ansteigen oder sogar wieder sinken sowie Veränderungen bei Wohngeld, um
679 ggf. teurere Strompreise zu kompensieren. Wohnen muss als ein öffentliches Gut
680 begriffen werden, das nicht allein dem privaten Markt überlassen bleiben darf.
681 Schließlich müssen sich die großen Vermögen am Klimaschutz beteiligen: Es kann
682 nicht sein, dass bei Krisen immer nur der Faktor Arbeit belastet wird, während
683 die sehr hohen Vermögen wenig zum Klimaschutz beitragen, in sogar ausbremsen
684 oder sich an den Kosten beteiligen, vielleicht sogar auf Kosten von Menschen mit
685 kleinen Einkommen durch Klimaschutz einseitig bereichern. Es braucht daher
686 gerade bei Klimaschutzmaßnahmen eine Rückkehr des Gemeinwohls und eine Stärkung
des Gemeinwohls in der Fläche.